



Tobias Hecht



Krieg in Washington – Das politische Tauziehen um die „richtige Strategie“ im Irak

Am 9. Juli veröffentlichte die *Washington Post* eine seltene Darstellung der Geschehnisse im Irak. Die Alpha Kompanie, welche im Rahmen der Truppenaufstockung in Ost-Bagdad stationiert wurde, hatte eine spezielle Mission zu erfüllen. Die Kompanie sollte zu der Trauerfeier eines gefallenen Kameraden im 4 Meilen entfernten, nächsten Außenposten der Armee erscheinen. Die Strecke von Punkt A nach Punkt B war genau die Route, auf der der Kamerad gefallen war.

Inhaltsverzeichnis:

The Surge 2-4

Druck auf Bush 4-7

Zwischenbericht 8-9

Think Tanks 9-12

Front-runner '08 12-14

Quo vadis? 14-16

Nachdem taktische Entscheidungen gefallen wurden, brachen die 27 Soldaten in der Morgendämmerung auf, um eine Region zu durchkreuzen, deren Sicherheit sich seit der Ankündigung der Truppenaufstockung noch nicht verbessert hat. Es glich eher einem Wunder, dass alle Soldaten nach über zwei Stunden zum nächsten Außenposten gelangten. Zwei Sprengsätze am Straßenrand, Maschinengewehr- und Granatenbeschuss zeigten das in dieser Region noch alltägliche Bild. Ein Kamerad, der mit einem anderen Bataillon dieselbe, „friedliche“ Mission unternahm, schaffte es nicht. Wie die Folgemission der Alpha Kompanie, von Punkt B nach Punkt A zurückzukommen, ausging, ließ die *Washington Post* offen. [1]

Präsident Bushs neue Strategie hat bisher kaum Früchte getragen. Der Irak-Zwischenbericht, von Bush Mitte Juni vorgestellt, zeigte nur gemischte Resultate und ließ Kritikern weiter Raum auf einen Truppenrückzug zu drängen. Die Kritik an der Truppenaufstockung war von Beginn an groß und verschärft sich mit zunehmender Lautstärke. Nicht nur die Demokratische Partei, sondern auch immer mehr hochrangige republikanische Senatoren setzen Bush unter Druck. Noch entzweien sich die beiden Parteien aber an der Frage nach der Festsetzung von Zeitplänen. Progressive Think Tanks und die demokratischen Spitzenkandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2008 präsentieren ihre Ideen eines amerikanischen Disengagements im Irak. Allerdings bleibt die Frage nach dem richtigen Vorgehen schwierig, da ein schneller Abzug den Irak in ein noch größeres Chaos stürzen und die gesamte Region destabilisieren könnte. Vergleiche mit dem Vietnamdebakel sind immer wieder zu vernehmen.

Irak und Vietnam:

Der Vergleich zwischen dem Vietnamkrieg und dem Krieg im Irak muss vorsichtig gezogen werden, da große Unterschiede ebenfalls bestehen. So entwickelte sich der Vietnamkrieg von einem Guerillakrieg in einen konventionellen Krieg und stellte einen ideologischen Konflikt dar. Der Krieg im Irak hingegen, begann als ein konventioneller Krieg und charakterisiert sich nun als ein Aufstand bzw. als ein Bürgerkrieg.

Parallelen können aber durchaus gezogen werden:

- Truppeneskalation
- Missachtung von Anti-Kriegsstimmen
- Versuch einer „Vietnamisierung“ des Krieges
- Verachtung von Kritiker; Bestehen auf der eingeschlagenen Strategie
- Argument, ein Abzug würde das Ansehen der USA im Ausland beflecken
- Argument der Destabilisierung einer Region bei einem Abzug

Außerdem kann wiederholt das Argument vernommen werden, dass der Abzug aus Vietnam erfolgreich gewesen sei, bis der (demokratische) Kongress die Mittel für die Hilfe an Südvietnam gestrichen habe. Die USA hätten den Verbündeten den Rücken gekehrt. Ein Abzug aus dem Irak wäre nichts anderes.

Bushs Strategie der Truppenaufstockung

Das Jahr 2006 offenbarte erneut das Dilemma, in dem sich die USA im Irak befinden. Die militärischen Kampfhandlungen waren keineswegs - wie 2003 von Bush auf einem Flugzeugträger (nahe San Diego, Kalifornien) verkündet - bereits abgeschlossen. Die eigentliche Mission begann erst. Doch haben die letzten vier Jahre veranschaulicht, dass eine klare Strategie fehlt. Grobe Fehleinschätzungen und Unterschätzungen in den letzten Jahren führten dazu, dass die USA nun mit dem Rücken zur Wand stehen; einfacher Abzug ist undenkbar, umfassende Befriedung jedoch genauso. 2006 war das mit Abstand blutigste Kriegsjahr, nicht nur von den US-Opferzahlen her, sondern auch von denen sektiererischer Gewalt. Angesichts der negativen Entwicklungen im Irak während der ersten drei Kriegsjahre wurde eine neue Herangehensweise gesucht.

Bereits im März 2006 wurde die „Iraq Study Group“ (ISG) auf Anfrage des republikanischen Abgeordneten Frank R. Wolf durch das *U.S. Institute of Peace* ins Leben gerufen. Der Kongress übernahm die Kosten für die Forschungsgruppe, deren Aufgabe es wurde, die Lage der USA im Irak zu evaluieren und Vorschläge für einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden. Die Gruppe wurde von James A. Baker III, einem Republikaner, und Lee H. Hamilton, einem Demokraten, geführt und stellte somit einen überparteilichen Versuch dar, Lösungen für die US-Probleme im Irak zu finden. Acht Monate lang interviewten die Mitglieder hunderte von „Insidern“, bereisten Bagdad und präsentierten schließlich im Dezember 2006 ihren Abschlussbericht. Das Ergebnis monatelanger Arbeit, welches 79 Empfehlungen für ein weiteres Vorgehen und einen Teilabzug nicht benötigter Truppen bis Anfang 2008 darlegte, sollte von Präsident Bush jedoch nur als Anregung aufgefasst werden.[2]

Der US-Präsident präsentierte am 10. Januar 2007 eine eigene neue Strategie mit dem Titel „A New Way Forward in Iraq“ (Ein neuer Weg voran im Irak).[3] Diese Strategie identifiziert sechs, für einen Erfolg im Irak grundlegende Elemente: (1) den Irakern die Führung überlassen, (2) den Irakern helfen, ihre Bevölkerung zu schützen, (3) Ex-

Grobe Fehleinschätzungen und Unterschätzungen in den letzten Jahren führten dazu, dass die USA nun mit dem Rücken zur Wand stehen; einfacher Abzug ist undenkbar, umfassende Befriedung jedoch genauso.

tremisten isolieren, (4) Raum für politischen Fortschritt schaffen, (5) politische und wirtschaftliche Bemühungen diversifizieren, (6) die Strategie in einer regionalen Herangehensweise einbetten. Obwohl Präsident Bush einen eigenen Weg einschlug, so wurden doch im Laufe der Zeit einige der Empfehlungen der ISG umgesetzt, wie diplomatische Beziehungen mit Iraks Nachbarländern aufzunehmen.

Im Gegensatz zu der von der ISG vorgeschlagenen Truppenreduzierung, beinhaltet Bushs Strategie eine massive Truppenaufstockung von 20-30.000 Soldaten, um insbesondere die Elemente 2 bis 4 umsetzen zu können. Der Gedanke ist, durch die Truppenaufstockung („surge“), den Irakern politischen Spielraum zu schaffen, so dass



Eingeständnisse zwischen den rivalisierenden Gruppen erleichtert werden und der Prozess der Versöhnung vorangetrieben werden kann. Die fünf zusätzlichen Brigaden führen eine „counterinsurgency“ (Aufstandsbekämpfung) Operation mit den Zielen „clear, hold, and build“ durch, Nachbarschaft für Nachbarschaft,

Block für Block.[4] Der Schwerpunkt der Operation, genannt „Fardh al-Qanoon“ (FAQ – „Durchsetzung des Gesetzes“), liegt in Bagdad, wo drei der fünf neuen Brigaden stationiert wurden.[5] Sicherheit und Versöhnung werden als die Grundlagen für politischen und wirtschaftlichen Fortschritt im Irak angesehen. Zwar legte Bushs neue Strategie der irakischen Regierung Verantwortungen auf und stellte gewisse Erwartungen an, zum Beispiel in Bezug auf ein Ölgesetz, Gesetzgebung zur Lockerung der Entbaathifizierung und Provinzwahlen, aber die Strategie setzte keine Zeitziele für diese, noch für einen Truppenabzug fest. Demokraten im Kongress haben immer wieder auf eine Umsetzung des überparteilichen ISG-Reports und auf feste Zeitziele gedrängt. Dementsprechend starke Kritik wurde an der neuen „Eskalationspolitik“ geübt.

Die Demokratische Partei, die in den Zwischenwahlen 2006 beide Häuser des Kongresses erobern konnte und dies als Mandat ansieht, den Krieg zu beenden, bleibt weitgehend impotent gegen die Entscheidungen des Weißen Hauses, wie an der Truppenaufstockung zu sehen war. Versuche Zeitpläne für die Umsetzung von kritischen, auch vom Präsidenten in seiner Strategie erwähnten, Elementen gesetzlich festzulegen, um so mehr Druck auf das irakische Parlament auszuüben, wurden von präsidentiellen Vetos zunichte gemacht. Einen kleinen Sieg konnten die Demokraten allerdings erringen, als Präsident Bush den Kongress um zusätzliche Mittel für den Irak und seine neue Strategie bat. Mit der Bewilligung der zusätzlichen Mittel setzte der Kongress fest, dass der Präsident einen Bericht über den Fortschritt in 18 Bewertungspunkten vorlegen muss. Dieser Bericht wird um den 15. September erwartet und wird verfasst und vorgestellt von General David H. Petraeus, dem Kommandeur der US-Armee im Irak, und dem US-Botschafter im Irak, Ryan C. Crocker. Ein vorläufiger Bericht wurde jedoch schon bis zum 15. Juli von Präsident Bush verlangt. Sollten die Bewertungspunkte bis September nicht zufriedenstellend erreicht werden, kann der Präsident

Die Truppenaufstockung soll den Irakern politischen Spielraum schaffen, damit der Prozess der Versöhnung vorangetrieben werden kann.

zwar weiterhin wirtschaftliche Hilfe bereitstellen, doch nur wenn eine schriftliche Rechtfertigung seinerseits hierfür vorangeht. „Benchmarks“ und die Höhe des Truppenaufgebots sind nicht mit einander verknüpft.[6]

Die wichtigsten und am meisten diskutierten „benchmarks“ lassen sich schon in Bushs neuer Strategie finden. Aufgrund des Boykotts der ersten freien Wahlen im Irak durch die Sunniten, besteht ein Ungleichgewicht in der Machtverteilung zwischen den ethnischen Gruppen. Somit umfasst ein Bewertungspunkt das Abhalten von Provinzwahlen, um so den Sunniten größere Mitsprache zu ermöglichen. Das Verabschieden eines Ölgesetzes wird ebenfalls als ein zentraler Bewertungspunkt angesehen. Ein Gesetz, welches die Ölvorkommen im Land unter den Schiiten, Sunniten und Kurden aufteilt und somit wirtschaftlichen Fortschritt und Versöhnung ermöglicht, wird dringend benötigt. Außerdem soll eine Lockerung der Entbaathifizierungsgesetze stattfinden. Nach dem amerikanischen Einmarsch wurden zehntausende ehemalige Mitglieder der Baath-Partei von Regierungsämtern ausgeschlossen, fähiges Personal an dem es nun mangelt. Weitere Bewertungspunkte beziehen sich zum Beispiel auf ein Abkommen über den Status Kirkuks (im Rahmen der Überarbeitung der Verfassung), das Erreichen bestimmter wirtschaftlicher Kriterien und die Fähigkeiten des irakischen Militärs.

Die Frage, wie Fortschritt definiert werden kann, ist unklar. Genauso verschwommen ist, was das Nicht-Erreichen von „benchmarks“ zur Folge hat. Hauptziel schien es zu sein, den irakischen Führern zu verdeutlichen, dass ein amerikanisches Engagement endlich ist.[7]

Der vom Kongress geforderte Irakbericht zum Fortschritt in 18 Bewertungspunkten wird bis zum 15. September 2007 erwartet.

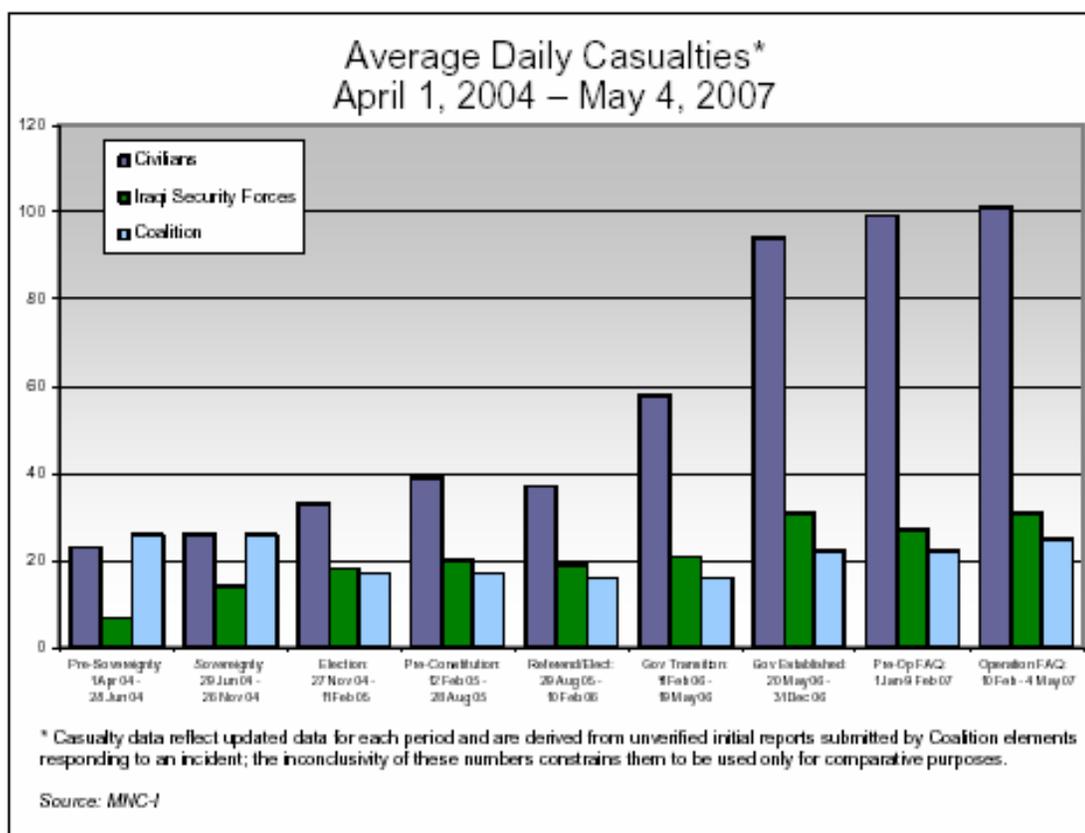
Die Kritik an Bushs Strategie wächst

Berichte im Vorfeld des Irak-Zwischenberichts Wochen verbildlichten die angespannte Lage in Washington. Der Irakkrieg ist täglich in den Medien präsent und die Debatte um die derzeitige Strategie und die Zukunft des Iraks wird immer lauter. Einige Ereignisse im Juni und Juli trugen zu einer erhöhten Aufmerksamkeit bei. Zum einen wurde der Bericht des Weißen Hauses über die Lage im Irak anhand der 18 parlamentarisch festgelegten Punkte mit Spannung erwartet. Zum anderen wurden zunehmend kritische Stimmen von einer immer größer werdenden Zahl republikanischer Senatoren laut.

Der Juni brachte keine guten Botschaften ins Weiße Haus. Dass der Irak auf der Liste der „Failed States“ Platz zwei einnimmt [8], löste aufgrund der bürgerkriegsähnlichen Zustände 2006 weniger Verwunderung und Aufregung aus. Wichtiger war dagegen der vom Kongress beauftragte, vierteljährlich erscheinende Bericht des Pentagon zur Lage im Irak. Der Juni 2007 Bericht umfasste erstmals einen statistischen Überblick über einen Zeitraum, der nur von der neuen Strategie geprägt war – auch wenn die eigentliche Truppenaufstockung erst Anfang Juni abgeschlossen werden konnte.[9] Ernüchternderweise musste das Verteidigungsministerium feststellen, dass die allgemeine Gewalt im Irak nicht zurückgegangen war. Zwar seien die sektiererischen

Morde und die Anschläge auf die Koalitionstruppen zurückgegangen, doch die Rate der Opfer ging leicht nach oben. Zudem führen die neuen Operationen im Rahmen der Truppenaufstockung, welche darauf abzielen in unkämpfteren Gebieten Sicherheit zu etablieren, zu einem Anstieg an US-Opfern.[10] Der politische Fortschritt wurde im Bericht des Pentagon als nicht existent beschrieben, der wirtschaftliche gerade einmal „gemischt“. Der politische Stillstand in Bagdad kann anhand des wichtigen Vorhabens ein Ölgesetz zu verabschieden veranschaulicht werden. Ein Gesetzentwurf liegt dem Parlament seit Februar vor, eine Verabschiedung ist immer noch nicht in Sicht. [11] General Petraeus wies nur kurze Zeit nach dem Erscheinen des Juni-Reports darauf hin, dass der Irak noch für mehrere Jahre eine „Herausforderung“ darstellen werde.[12] Zudem verdunkelten Meldungen über eine fehlende,[13] ja sogar eine Rückentwicklung,[14] der Kampffähigkeit der irakischen Sicherheitskräfte, die positiven Aussichten noch mehr.

General Petraeus wies darauf hin, dass der Irak noch für mehrere Jahre eine „Herausforderung“ darstellen werde.

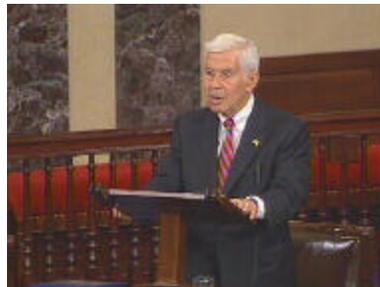


Die Einschätzungen des Verteidigungsministeriums trugen zu einer erneuten Angriffsstimmung im demokratisch kontrollierten Kongress bei. So votierte das Repräsentantenhaus überwältigend für eine Wiedereinsetzung der ISG.[15] Außerdem wurden weitere Forschungsgruppen ins Leben gerufen, da eine Einschätzung der Lage nicht allein von der Exekutive (durch General Petraeus und Botschafter Crocker) durchgeführt werden dürfe. So wurde eine unabhängige Kommission vom Kongress zur Bewertung der irakischen Sicherheitskräfte (Militär und Polizei) einberufen. Der Bericht wird im Oktober dieses Jahres erwartet.[16] Des Weiteren übertrug der Kongress dem „Government Accountability Office“ (GOA), ein parteiunabhängiges Unter-

suchungsorgan der Legislative, die Aufgabe, den Fortschritt des Iraks bezüglich der politischen, ökonomischen und militärischen „benchmarks“ zu untersuchen.[17] Das GAO wird seinen Bericht am 1. September vorstellen. Das Weiße Haus konnte nur einer Neuauflage der ISG einen Riegel vorschieben. James Baker, Vorsitzender der ISG, machte seine Teilnahme von der Zustimmung Bushs abhängig, welche dieser nicht erteilte.[18]

Es ist unverkennbar, dass die Opposition gegen die „zeitlose“ Strategie wächst. Die Demokraten wollen endlich das von ihnen so gedeutete Mandat zur Beendigung des Krieges umsetzen. Auch wenn momentan die Mehrheit noch nicht groß genug ist, um ein Veto zu überstimmen, so werden doch im Senat und im Repräsentantenhaus immer wieder neue Gesetzesvorlagen vorgestellt, welche in jeglicher Art versuchen, Bush Ketten anzulegen. Hierbei zielen die Demokraten nicht nur auf das Implementieren von Zeitplänen, sondern auch auf andere Maßnahmen, wie die De-Autorisierung des Krieges, die Wiederherstellung der Rechte in Guantanamo inhaftierter Terrorverdächtiger und die endgültige Schließung „Gitmos“. Bereits Ende Juni kündigten die Demokraten an, ab Mitte Juli wöchentliche Abstimmungen zu Maßnahmen bezüglich des Irakkriegs anzusetzen, damit die Regierung den Krieg immer wieder aufs Neue verteidigen muss.[19] Obwohl der Mehrheitsführer im Senat, Harry M. Reid (Demokrat), laut der *Washington Post*, bisher versucht habe, eine Politisierung des Irakkriegs zu vermeiden, sei zukünftig erwarten, dass sich die Präsidentschaftskandidaten der Demokraten ins Licht drängen werden. Im Rahmen des jährlichen „Defense Authorization Bill“ würden die Senatoren Barack Obama, Hillary Rodham Clinton, Joseph R. Biden und Christopher J. Dodd Gesetzesänderungen bezüglich des Irakkriegs vorlegen.[20]

Eine noch interessantere Entwicklung fand in der Partei Bushs statt. Es kam wie ein Paukenschlag für die Republikaner als der hochrangigste republikanische Senator im Ausschuss für Auswärtige Beziehungen, Richard G. Lugar, am 25. Juni in einer Rede im Senat feststellte, dass die neue Strategie wenig Aussicht auf Erfolg habe und er Bush aufforderte, die US-Truppen im Irak zu reduzieren.[21] Weitere republikanische Senatoren ließen nicht lange auf sich warten. Senator George V. Voinovich drängte den Präsidenten in einem Brief einen Tag später, einen umfassenden Plan für ein militärisches Disengagement vorzulegen. Die kritischen Stimmen erhielten außerdem Unterstützung von Senator John W. Warner, Mitglied des Militärausschusses und eine weitere hoch respektierte republikanische Stimme im Senat.[22] Als Präsident Bush einen kritischen Brief des republikanischen Senators Chuck Hagel von einem *drittrangigen* Bürokraten beantworten ließ,[23] veröffentlichte Hagel sein Schreiben in der *Financial Times*. Hagel plädiert unter anderem für einen internationalen Unterhändler für den Irak unter UN-Schirmherrschaft.[24] Ein weiterer Rückschlag für das Weiße Haus folgte Anfang Juli, als sich der sechsmalige US-Senator Pete V. Domenici, Parteiloyalist und ehemals Kriegsbefürworter, für einen Strategiewechsel im Irak aussprach.[25]



Es ist unverkennbar, dass die Opposition gegen die „zeitlose“ Strategie wächst. Die Demokraten wollen endlich das von ihnen so gedeutete Mandat zur Beendigung des Krieges umsetzen.

Die Kritik am Krieg seitens der desertierenden Republikaner, deren Zahl mittlerweile ungefähr ein Duzend umfasst, geht nun über verbale Äußerungen hinaus, auch wenn die meisten weiterhin feste Zeitpläne ablehnen. Die republikanischen Senatoren Olympia J. Snowe, Chuck Hagel und Gordon Smith waren allerdings dazu bereit, Plänen für einen verbindlichen Truppenabzug zuzustimmen. Zudem gewannen weitere Initiativen Unterstützung aus beiden Parteien.

Trotz überparteilicher Ansätze und Druck auf das Weiße Haus, ist das Zustandekommen eines Kompromisses nicht in Sicht. Dies liegt daran, dass der Kongress weiter entlang der Parteilinien geteilt bleibt. Genauso wie die meisten Republikaner darauf

Diskutierte Gesetzesinitiativen:

Der Plan des demokratischen Senators Ken Salazar, die Empfehlungen der ISG wieder aufzunehmen und US-Truppen von Kampfhandlungen abzuziehen, gewann die Unterstützung einiger Republikaner. Salazars Entwurf hatte bis zum 12. Juli 10 Co-Sponsoren, vier moderate Demokraten und sechs Republikaner. Drei dieser sechs, darunter auch Domenici, müssen Neuwahlen in 2008 überstehen.

Ben Nelson, ein demokratischer Senator aus Nebraska, und die republikanische Senatorin Susan Collins aus Maine arbeiteten ebenfalls an einem überparteilichen Kompromiss, der darauf abzielt, die Mission des US-Militärs auf Antiterrorereinsätze zu beschränken, nicht aber nach einem Truppenabzug ruft. Auf einen anderen, aber rein republikanischen Entwurf, drängten die Senatoren Lugar und Warner. Ihr Entwurf stellt eine Art Fusion der beiden obigen beiden Vorschläge dar.

bestehen keine Zeitpläne zu verabschieden, beharren die Demokraten auf eben jenes. So fordert ein rein demokratischer Plan, die Truppen spätestens 120 Tage nach Inkrafttreten des Gesetzes zu reduzieren, was bedeuten würde, dass der Grossteil des US-Militärs im April 2008 abgezogen wäre.[26] Berichte in den Printmedien ließen verlauten, dass die Demokraten auch dazu bereit wären, im Rahmen des „Defense Authorization Bill“ einen Stopp der Finanzierung der Truppen ab dem 31. März 2008 in Erwägung zu ziehen.[27]

Senator Lugar opponiert zwar feste Zeitpläne, forderte Präsident Bush aber dazu auf, die Führung in einer Richtungsänderung der Irakstrategie zu übernehmen, bevor die polarisierte Washington-Debatte das Risiko erhöht, dass das US-Engagement im Irak in einem schlecht geplanten Abzug endet, welcher die grundlegenden Interessen der USA im Nahen Osten untergräbt.[28] Derweil warnten auch irakische Führer in seltener Geschlossenheit vor einem übereilten Truppenabzug.[29]

Die Kritik am Krieg seitens der desertierenden Republikaner, deren Zahl mittlerweile ungefähr ein Duzend umfasst, geht nun über verbale Äußerungen hinaus, auch wenn die meisten weiterhin feste Zeitpläne ablehnen.

Der Irak-Zwischenbericht – gemischte Resultate

Die intensive Debatte, welche in Erwartung des vorläufigen Berichts über den Fortschritt des Iraks in Bezug auf die Bewertungspunkte stattfand, ließ die Frage aufkommen, ob der Juli schon zum Scheideweg für die neue Strategie wird. Die Demokraten vermittelten zumindest den Eindruck, dass nichts, was Präsident Bush darlegen würde, sie überzeugen kann, dass die Strategie positive Effekte zeigt, und dass nun die Zeit ist, umzudenken. Diametral entgegengesetzt stand das Weiße Haus, aus dem verlautet wird, dass der Bericht von General Petraeus und Botschafter Crocker der früheste Punkt sei, um weitere Entscheidungen zu treffen.

In den Wochen vor der Präsentation der Bewertung betonte Präsident Bush immer wieder, dass ein Truppenabzug ein Desaster hinterlassen würde und bekräftigte, dass mehr Zeit benötigt werde, um den Erfolg der Truppenaufstockung angemessen bewerten zu können. Am 4. Juli, dem amerikanischen Unabhängigkeitstag, zeigte Bush in seiner Rede keinerlei Hinweise, die einen Strategiewechsel im Irak eventuell vermuten ließen. Im Gegenteil, Sieg im Irak verlange mehr Geduld, mehr Mut und mehr Hingabe.[30]

Am 12. Juli veröffentlichte das Weiße Haus dann den vorläufigen Bericht, genannt „Initial Benchmark Assessment Report“.[31] Die gesamte nationale Sicherheitsbürokratie arbeitete dem Weißen Haus für den 25 Seiten umfassenden Statusbericht zu. Das Resultat war eine geradlinige Einschätzung der Situation, wobei der Bericht nur ein gemischtes Bild präsentierte. Acht der 18 „benchmarks“ wurden als zufriedenstellend eingestuft, sechs als unzufriedenstellend, zwei als „ohne Resultat“ und zwei als „gemischt“. Präsident Bush wies in seiner Rede zum Report darauf hin, dass die Truppenaufstockung erst seit wenigen Wochen abgeschlossen sei und mehr Zeit benötigt werde, bevor die Strategie als positiv oder negativ eingestuft werden könne. Allerdings lässt die Versöhnung zwischen den rivalisierenden Gruppen, welche durch die erhöhte Truppenpräsenz erleichtert werden sollte, immer noch auf sich warten. Zwar ist „Versöhnung“ kein „benchmark“, doch ist diese eine Voraussetzung, um die als unzufriedenstellend bewerteten Bemühungen in der Gesetzgebung in Fortschritte umzuwandeln. Hinzu kommt, dass die als zufriedenstellend eingestuften „benchmarks“ immer noch diskutierungswürdig sind. So wurde zum Beispiel die Überprüfung der irakischen Verfassung als positiv beurteilt, obwohl „schwierige Fragen bestehen bleiben“. Diese Fragen beinhalten unter anderem den Status von Kirkuk, die Befugnisse des Präsidenten und die Gewaltenteilung zwischen Regionen und Zentralregierung. Der als „Momentaufnahme“ beschriebene Bericht ließ Kritikern der Strategie deshalb viel Raum.[32]

Der Präsident bleibt bisher nicht nur standfest, sondern lässt auch wenig von einer möglichen neuen Vision erkennen, die, falls der Septemberbericht das Scheitern der

Acht der 18 „benchmarks“ wurden als zufriedenstellend eingestuft, sechs als unzufriedenstellend, zwei als „ohne Resultat“ und zwei als „gemischt“.

Strategie offenbaren sollte, kritisch ist. Ein Mangel, der behoben werden sollte, da nun klar zu sein scheint, dass der September den Endpunkt der Debatte über die Zukunft der Truppenaufstockung, keinen Anfangspunkt markieren wird. Der Juni Bericht des Pentagon gibt keine rosigen Prognosen: „...it will be months before a trend emerges indicating whether the *New Way Forward* and FAQ are sufficient to enable Iraqi leaders to advance key political goals including reconciliation.“[33]

National Intelligence Estimate:

Der „War on Terrorism“ erhielt ein schlechtes Zeugnis als am 17. Juli die „Einschätzung zur Nationalen Sicherheit“ vorgestellt wurde.[34] Einen Beitrag zu einer Kompromissfindung bezüglich des Iraks leistete der Bericht nicht, da zum einen bescheinigt wurde, dass Al-Kaida nicht geschwächt ist und die USA nicht weniger bedroht sind als vor 9/11 und somit klar wurde, dass der Terrorismus nicht erfolgreich bekämpft wurde. Zum anderen unterstrich der Bericht aber auch, dass Al-Kaida versuchen werde, bei einem schnellen Abzug Kapital aus der Lage im Irak zu schlagen.

Think Tank Beiträge zur Debatte

Auch wenn Präsident Bush noch keine Indizien für eine eventuelle „post-surge“-Strategie zu erkennen gab, hat in Washington schon längst die Diskussion um die „richtige“ Folgestrategie begonnen. Diese Debatte findet vor allem in und unter den zahlreichen politischen Think Tanks statt, deren Einfluss nicht zu unterschätzen ist. Nicht nur dienen diese Think Tanks als „Zwischenlager“ für ehemalige Regierungsmitarbeiter, sondern entwickelte Strategien haben eine realistische Chance auf Gehör. Einer der führenden konservativen Think Tanks, das *American Enterprise Institute* (AEI), entwickelte zum Beispiel die von Bush im Januar proklamierte Strategie. Zwar fanden Änderungen statt, doch blieb die Grundstrategie bestehen und kann somit in der Tat als „brainchild“ des Instituts angesehen werden. Konsequenterweise argumentierten die Ideengeber der Strategie auf einer Veranstaltung des AEI Anfang dieses Monats in Worten, die Bush auf seiner Pressekonferenz widerzuspiegeln schien; positive/ermutigende Entwicklungen, mehr Zeit vonnöten.[35] Unterstützung bekommt das AEI vom größten, konservativen Think Tank, der *Heritage Foundation*, die in einem Web Memo mit dem Titel „Senats-Versuche die ISG-Empfehlungen aufzuzwingen: Unrealistisch, unklug und unnötig“ warnt, voreilige Schlussfolgerungen bezüglich der Strategie zu ziehen.[36]

Sollte die Truppenaufstockung nicht die gewünschten Resultate bringen, herrscht, zumindest unter den progressiven Think Tanks, Einigkeit, dass ein Truppenabzug stattfinden muss. Dennoch stimmen auch sie den Empfehlungen der ISG aufgrund der Entwicklungen im Irak seit der Veröffentlichung des ISG-Reports nicht mehr ohne weiteres zu.[37] Die neuen Studien gehen weder davon aus, dass Fortschritt im Irak (mit oder ohne Truppenaufstockung) erzielt werden kann, noch sehen sie militärisch

Das American Enterprise Institute (AEI) - einer der führenden konservativen Think Tanks - entwickelte die von Bush im Januar proklamierte Strategie.

und politisch die Möglichkeit, den Krieg weiter fortzuführen. Die Öffentlichkeit hat schon lange die Seite der Kriegsbefürworter verlassen (mehr als 60% der Bevölkerung bewerten den Krieg negativ[37]) und das Militär befindet sich an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Eine Veranstaltung der *Brookings Institution* unterstrich, wie strapaziert das Militär ist und dass die USA nach dem veranschlagten Ende der neuen Strategie am 31. März 2008 keine Truppen mehr zu Verfügung hätten, wenn die derzeitige Rotation beibehalten werden sollte. Rekrutierungsziele würden nicht erreicht und die Ausrüstung sei unzureichend.[38]

Die beiden neuesten und meist diskutierten Arbeiten, die mögliche Pläne für einen Truppenabzug aufzeigen, wurden vom *Center for American Progress* (CAP) und vom erst kürzlich gegründeten *Center for a New American Security* (CNAS) vorgestellt, beides progressive Think Tanks. Beide Studien wurden im Juni der Öffentlichkeit präsentiert und fordern einen schrittweisen Abzug der US-Truppen, „besser früher als später“.



„Strategic Reset: Reclaiming Control of U.S. Security in the Middle East“ ist der Titel des CAP-Plans. Der Bericht öffnet mit einer Anklage der Nahost-Politik Bushs, welche ohne strategischen Konsens in der Regierung geführt werde und zu sehr vom Irak eingenommen sei. Selbst wenn mehr Sicherheit im Irak geschaffen würde, bliebe politische Versöhnung eine Illusion. Aus diesen Gründen ruft der Plan zu einer kompletten Neugestaltung bzw. (im CAP-Sinne) erst einmal zu einer Schaffung einer umfassenden Nahost-Strategie auf. Die USA sollten die Realität der politischen

Fragmentierung des Irak akzeptieren. Die vom CAP vorgeschlagene schrittweise Umstrukturierung des US-Militärs im Irak sieht vor, bis Ende 2008 alle US-Truppen aus den „Bürgerkriegen im Irak“ abzuziehen; Wiederaufbau und Hilfe bei Sicherheitsmaßnahmen würden nur „wo praktisch und möglich“ durchgeführt. 130.000 Soldaten würden in die USA abgezogen, rund 20.000 in Nachbarstaaten stationiert und weitere 20.000 in Afghanistan eingesetzt. Dies lege den Fokus hauptsächlich auf Terrorismusbekämpfung. Des Weiteren fordert der Plan, regionale Sicherheits- und Diplomatiebemühungen anzustrengen, sowohl durch die UN als auch in Kooperation mit Iraks Nachbarstaaten. Vierter Kernpunkt ist das Drängen auf die Entwicklung einer Strategie zur Lösung des arabisch-israelischen Konflikts und zur Stabilisierung des Nahen Ostens.[39]

„Phased Transition: A Responsible Way Forward and Out of Iraq,“ der Plan des CNAS, ruft zu einem sofortigen Umdenken der Bush-Regierung und zum Erreichen eines überparteilichen Konsenses in den USA auf. Zentral in diesem Vorschlag ist, ein zwischen den USA und dem Irak ausgehandelter Zeitrahmen, in dem bestimmte politische und sicherheitsrelevante Ziele erfüllt werden müssen („top-down“ Element).

Die Studien progressiver Think Tanks gehen weder davon aus, dass ein Fortschritt im Irak (mit oder ohne Truppenaufstockung) erzielt werden kann, noch sehen sie militärisch und politisch die Möglichkeit, den Krieg weiter fortzuführen.

Das Ziel der US-Regierung, Demokratie in der Region zu säen, wird als unrealistisch bewertet. Statt dieser Illusion nachzuhängen, sollten die USA den noch verbleibenden Einfluss (in Kooperation mit internationalen Organisationen und anderen Staaten) dazu nutzen, die Errichtung von Al-Kaida Hochburgen, einen regionalen Krieg und Genozid



zu verhindern („interagency plan“). Der CNAS-Plan stützt sich auf die Empfehlungen der ISG. Der Unterschied zur Arbeit der ISG besteht darin, dass ein spezieller Zeitplan für den Truppenabzug ausgearbeitet wurde und ein detaillierter Plan, wie dieser aussehen soll. Bis Ende 2008 würden laut Plan 100.000 Soldaten abgezogen werden. 60.000 Soldaten sollen aber noch im Irak bleiben, um irakische Sicherheitskräfte auszubilden, lokalen Kräften bei der Bekämpfung Al-Kaidas zur Seite zu stehen und positive Entwicklungen, wie in der Anbar Provinz zu beobachten, aufrechtzuerhalten

(„bottom-up“ Element). 20.000 dieser Soldaten würden als Berater für die irakische Sicherheitskräfte dienen, mehr als dreimal so viele wie zum heutigen Zeitpunkt. Diese Phase der „anhaltenden“ Truppenpräsenz, soll Anfang 2009 der „target advisory effort“ folgen, der bis 2011 andauern könnte. Anschließend soll Phase drei, der „wohlerwogene Truppenabzug“ stattfinden, welcher wiederum ungefähr ein Jahr in Anspruch nehmen könnte. Über 2012 hinaus sieht der CNAS eine signifikante Militärpräsenz in der Region vor, um schnell reagieren zu können.[40]

Neben diesen Rückzugs-/Umstrukturierungs-Strategien hat die *Brookings Institution* in einer Studie mit dem Titel „The Case for Soft Partition in Iraq“ Argumente für eine Aufteilung des Landes vorgebracht. Wie ein Artikel der *Washington Post* verlauten ließ, haben die Autoren der Studie ihre Arbeit in der Bush-Regierung zirkulieren lassen, um so für ihren Vorschlag zu werben.[41] Der Plan stützt sich zudem auf Vorschläge von Senator Joseph Biden, demokratischer Präsidentschaftskandidat, und Leslie Gelb, ehemaliger Vorsitzender des *Council on Foreign Relations*. Dem Plan zufolge soll der Irak „föderal“, also nicht in separate Staaten, sondern in drei Regionen aufgeteilt werden. Die drei Teile (schiitisch, sunnitisch und kurdisch) würden die Regierungsverantwortung für ihre Region übernehmen und somit auch für die dortige Sicherheitslage. Eine solche Struktur herzustellen, könne sich als schwierig und riskant herausstellen. Wenn die möglichen Probleme aber gegen die Alternativen – den ethno-sektiererischen Konflikt im Zaum zu halten oder durch Truppenabzug, eine Eskalation des Konfliktes zuzulassen – abgewogen werden, seien die Risiken einer „soft partition“ akzeptabler. Die Autoren betonen, dass sie keinen sofortigen Abzug von US-Truppen verschrieben hätten, jedoch eine beträchtliche Reduzierung dieser. Die Aufteilung würde die Schaffung von homogeneren Regionen voraussetzen, welche nicht von außen aufgesetzt werden könne und im besten Falle durch freiwillige Umzüge in und aus gemischten Regionen stattfinde. Der Vorteil dieses Plans sei, dass er im Gegensatz zu Plänen, die

für einen Truppenabzug oder eine Eindämmung des Konflikts eintreten, die Prävention einer Verschlechterung der Lage im Irak zum Ziel habe und den USA somit eher erlaube, ihre strategischen Kernziele zu verfolgen.[42]

Kritik an einer „soft partition“ wurde unter anderem von der *International Crisis Group*, einem Think Tank, der im Bereich der Konfliktprävention/-lösung tätig ist, geübt. Ein Vertreter des Think Tanks warnte auf einer Veranstaltung des *U.S. Institute of Peace*, [43] dass der Irak sich immer weiter fragmentiere und es zu spät sei, Regionen künstlich zu erschaffen. Die verschiedenen Machtzentren konkurrierten schon mit einander und Grenzen und Allianzen seien in ständiger Bewegung. Außerdem würde das Umsiedeln von ganzen Bevölkerungsteilen zu einem Blutvergießen führen; die Komplexität der Beziehungen innerhalb und unterhalb der großen Gruppen (Schiiten, Sunniten, Kurden) würde immer wieder unterschätzt. Nur 36% der Iraker sind einem Plan zur „soft partition“ in drei oder mehr Regionen positiv gegenüber eingestellt.[44]

Nur 36% der Iraker sind einem Plan zur „soft partition“ in drei oder mehr Regionen positiv gegenüber eingestellt.

Die Positionen der Präsidentschaftskandidaten

Die Positionen der Präsidentschaftskandidaten lassen sich fast problemlos am Partei-Label ablesen. Die demokratischen Spitzenkandidaten opponieren den Krieg, die republikanischen unterstützen ihn. Doch gibt es eine Reihe von Unterschieden nicht nur zwischen diesen generellen Positionen. Ein Blick auf die drei Frontrunner jeder Partei veranschaulicht die diversen Standpunkte.

Senator Clinton, welche sich nun gegen den Irakkrieg ausspricht, votierte 2002 für ihn. Sie war gegen eine Truppenaufstockung und plädiert für einen Abzug in Phasen. [45] Zusammen mit Senator Robert Byrd schlug sie einen Gesetzentwurf vor, der zum Ziel hat, Präsident Bush die Autorisierung für den Irakkrieg zu entziehen. Der 11. Oktober 2007 wird hierbei als das Verfallsdatum der Irak-Resolution angestrebt. Eine erneute Anfrage des Präsidenten auf Autorisierung würde Senator Clinton ablehnen und nur Gesetzen ihre Unterstützung bieten, die einen Truppenabzug beinhalten. Ihr Gesetzentwurf „Iraq Troop Protection and Reduction Act of 2007“ sieht vor, die Obergrenze der Truppen auf den Stand vor der Truppenaufstockung zurückzuschrauben und den Krieg zu beenden bevor der nächste Präsident den Amtseid ablegt. Obwohl Senator Clinton permanente Stützpunkte im Irak ablehnt, sieht sie die eventuelle Notwendigkeit einer kleinen US-Präsenz sowohl zur Ausbildung und Unterstützung von irakischen Sicherheitskräften als auch zum Zwecke von Anti-Terrorismuseinsätzen. Der Abzug der Truppen soll innerhalb von 90 Tagen nach Verabschiedung ihres Entwurfs beginnen.[46]

Sollte Präsident Bush den Krieg nicht beenden, würde dies Senator Clinton, sofern sie gewählt werden würde, veranlassen. Für dieses Szenario legt sie einen dreistufigen Plan vor: (1) Mit dem Truppenabzug in den ersten Tagen ihrer Amtszeit beginnen, (2)

Stabilität im Irak sicherstellen, während die US-Truppen abgezogen werden, (3) eine intensive diplomatische Initiative in der Region starten, mit den Zielen Interventionen von Nachbarstaaten zu verhindern, Mediation zu initiieren und Wiederaufbaumaßnahmen zu finanzieren.[47]

John Edwards, ehemals Senator für North Carolina, will das Ansehen der USA in der Welt ebenfalls durch einen Abzug der Truppen wieder aufpolieren. Als ersten Schritt sei ein sofortiger Truppenabzug von 40.000-50.000 Soldaten aus dem Irak denkbar. Als Druckmittel sollen hierbei die Mittel für nur noch maximal 100.000 Soldaten bewilligt werden und der Präsident eine neue Autorisierung vom Kongress erbitten müssen. Die restlichen Truppen sollen in den nächsten 12-18 Monaten folgen, wobei den Irakern mehr Verantwortung übertragen wird. Es sollen keine permanenten Stützpunkte im Irak aufrechterhalten werden. Zudem fordert Edwards eine große diplomatische Initiative. Ein Disengagement im Irak würde es den USA erlauben, auf die anderen großen Probleme in der Welt zu schauen, wie auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, den Genozid in Darfur, den Kampf gegen den Terrorismus und extreme Armut.[48] Senator Edwards stimmte für den Irakkrieg in 2002, opponierte die Truppenaufstockung und fordert nun, durch einen Finanzierungsstopp der Truppen, das militärische Engagement zu beenden.[49]

In 2002 war Senator Barack Obama noch kein Mitglied des Senats. Im November 2005 sprach sich der Senator für die folgenden fünf Punkte aus: (1) Eine Reduzierung der US-Truppenpräsenz, (2) einen Zeitplan für einen schrittweisen Abzug, (3) das Fordern von politischen Lösungen von der irakischen Regierung, (4) eine Verbesserung der Wiederaufbaubemühungen, um grundlegende staatliche Dienste zu gewährleisten, (5) die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Nachbarstaaten des Iraks und arabische Staaten, zu mehr Engagement im Irak zu bewegen. Im Januar 2007 präsentierte Senator Obama einen Alternativ-Vorschlag zur Truppeneskalation. Der Entwurf sah vor mit dem Truppenabzug nicht später als zum 1. Mai 2007 zu beginnen, so dass bis Ende März 2008 alle Kampfeinheiten den Irak verlassen hätten. Ähnlich wie Senator Clintons Plan vorsieht, wäre eine begrenzte Anzahl von Truppen zum Zwecke des Schutzes der irakischen Truppen, von Anti-Terrorismusbemühungen und der Ausbildung von Sicherheitskräften im Land stationiert geblieben.[50]

Nach der CNN/YouTube-Debatte der demokratischen Präsidentschaftskandidaten, teilte Walter Shapiro das demokratische Feld in Realisten (Clinton, Obama, Biden) und Puristen (Edwards, Dodd, Richardson, Kucinich, Gravel) ein. Die Realisten kopelten den Umfang eines Rückzugs an die Entwicklungen im Irak und ließen Truppen für limitierte Missionen weitere Zeit im Irak stationiert. Die Puristen hingegen strebten einen kompletten Truppenabzug an. Zugleich betonte Shapiro aber, dass jeder der Kandidaten mit voller Rechtfertigung seine Irakpläne revidieren könnte, je nachdem, wie sich die Situation im Irak entwickelt.[51]

Das demokratische Feld kann in Realisten (Clinton, Obama, Biden) und Puristen (Edwards, Dodd, Richardson, Kucinich, Gravel) eingeteilt werden.

Die drei republikanischen Spitzenkandidaten, Rudolph Giuliani, Senator John McCain und Mitt Romney sind in ihren Positionen vergleichbar. Alle votierten für den



Irakkrieg, sprachen sich positiv über die Truppenaufstockung aus und argumentieren für das Aufrechterhalten der momentanen Truppenzahlen. Nur Romney äußerte sich kritisch in Bezug auf die Planung des Krieges und die anfangs zu geringen Truppenpräsenz.[52] Senator McCain kehrte erst kürzlich von einer Reise in den Irak zurück und stärkte durch seine positive Beurteilung der Lage Präsident Bush den Rücken für dessen Bericht am 12. Juli. Ein Sieg im Irak sei immer noch

möglich, Zeitpläne seien kontraproduktiv und ein Rückzug hinterließe ein Desaster - Chaos in der Region und Verletzung amerikanischer Interessen - so die republikanischen Kandidaten.[53]

Truppenabzug oder langfristiges Engagement?

Die entscheidende Frage, die die USA nun beantworten müssen, ist, welche Interessen gerettet werden sollen, und wie. Hiermit verbunden ist die Entscheidung, ob der Versuch, die irakische Bevölkerung zu beschützen weiter aufrechterhalten werden soll oder ob eine der folgenden drei Optionen gewählt wird: verkleinerte Kontingente mit limitierten Missionen im Irak, eine Form von Eindämmung, kompletter Abzug aus der Region. Bei der Beantwortung dieser Frage, zogen die Pläne der demokratischen Kandidaten einige Kritik auf sich, da diese in einem „eskalierenden Wettbewerb der Exit-Strategien“ entstünden. Es müsse aber unter allen Umständen verhindert werden, dass dieselben Fehler, die zu Beginn des Krieges gemacht wurden, wiederholt werden. Darüber hinaus seien zum Beispiel ethnische Säuberungen und Bürgerkrieg mit all den möglichen Folgen, auch nicht durch kleine Kontingente im nahen Ausland zu kontrollieren oder zu verhindern.[54]

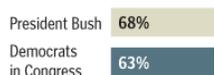
Thomas L. Friedman in der *New York Times* und Stephen Biddle in der *Washington Post* argumentierten am 11. Juli für einen „ganz-oder-gar-nicht“ Einsatz. Eine reduzierte Truppenpräsenz mit einer abgeschwächten Kampfmission und Ausbildungsaufgaben sei zum Scheitern verurteilt. Weniger Truppen würden erhöhter Gewalt entgegensehen, welches weiter hohe Opferzahlen erwarten lassen würde. Die weitere Fragmentierung in der Bevölkerung, eine erwartete Konsequenz, würde sich in der Armee bemerkbar machen und somit die Ausbildungsmaßnahmen erheblich erschweren.

Einfache Auswege aus dem Dilemma gibt es nicht. Die Demokraten sehen ihre Chance gekommen und schalten auf stur. Kompromisslösungen ohne Zeitplan sind für sie keine Option. Der Mehrheitsführer im Senat, Harry Reid, veranlasste sogar eine „all-night session“, um die Republikaner zu einer Aufgabe ihrer Positionen zu bewegen

Die entscheidende Frage, die die USA nun beantworten müssen, ist, welche Interessen gerettet werden sollen, und wie.

oder ihnen zumindest öffentlich den schwarzen Peter zuzuschieben. Diese Bemühungen blieben jedoch ohne Erfolg und die Abstimmungen verliefen wieder weitgehend entlang von Parteilinien.[55] Der Aufruhr um die nächtliche Tagung und die fehlende Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten spiegeln wider, dass es hier um mehr als nur eine Lösung des Irakproblems geht; es geht um Politik. Wiederwahlen, Präsidentschaftswahlen und politisches Prestige scheinen die Debatte genauso ergebnislos

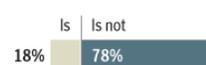
Percentage saying they disapprove of how ... is handling Iraq war



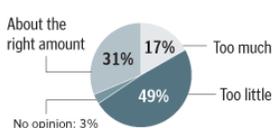
Who should have final say in deciding when to withdraw combat forces:



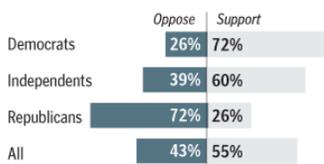
Q: Do you think Bush is or is not willing enough to change his administration's policies in Iraq?



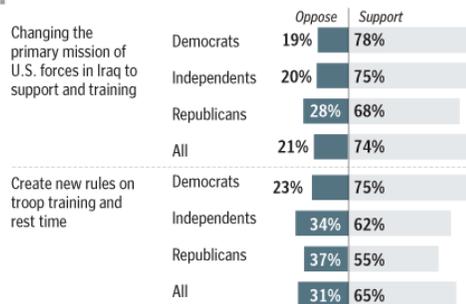
Q: Do you think the Democrats in Congress have done too much, too little or about the right amount to get Bush to change his Iraq war policy?



Q: Do you support or oppose legislation that would set a deadline for withdrawing U.S. combat forces from Iraq by next spring?



Q: Please tell me if you support or oppose each of the following proposals:



This poll was conducted by telephone July 18-21 among a random national sample of 1,125 adults. The results from the full survey have a three-point margin of sampling error. Sampling data collection and tabulation by TNS of Horsham, Pa.

sächlich im politischen, nicht im nur militärischen Bereich liegt.[58] Die Dringlichkeit der Iraker eine Form von Übereinkommen zu erreichen, wenn keine Versöhnung möglich ist, wächst. Das Engagement der Vereinigten Staaten kann und wird nicht endlos andauern.

Basra kann hier als ein Beispiel dienen. Britische Einheiten führten 2006/2007 eine mit der derzeitigen amerikanischen Strategie vergleichbare Operation durch. Zwar konnte ein gewisser Grad an Sicherheit geschaffen werden, doch als die Truppen verringert wurden, wurde ein Wiederanstieg der Spannungen zwischen den um Macht konkurrierenden Gruppen rasch sichtbar. Dies unterstreicht, wie wichtig der Aufbau eines legitimierten und funktionsfähigen Provinzapparats ist, der Verteilungsdienste, die Etablierung des Respekts vor dem Gesetz und einen friedlichen Übergang auf lokaler

fortlaufen zu lassen wie bisher – zumindest bis September. Die Demokraten wurden schon mit den Palästinensern verglichen, die „keine Möglichkeit verpassen, eine Möglichkeit zu verpassen“, da Mehrheitsführer Reid zum Beispiel Debatten, um einen überparteilichen Konsens zu „milderen“ Vorschlägen abbrach.[56] Derweil machte Bush in seiner Pressekonferenz zum vorläufigen Bericht klar, wie er die Aufgabenverteilung bei der Kriegsführung sieht: „Ich denke nicht, dass der Kongress den Krieg führen sollte. Ich denke, er sollte unsere Truppen finanzieren. Ich bin sicherlich an ihren Meinungen interessiert...“[57]

Für den Zeitraum bis September ist nicht viel Bewegung zu erwarten. Ein Fortschritt im Irak bezüglich der „benchmarks“ ist ebenfalls unwahrscheinlich. Auch wenn sich die Sicherheitslage etwas zu bessern scheint, bleibt die Situation vor Ort höchst instabil und die politischen Ziele in sehr weiter Ferne. Die Lösung des Irakproblems liegt aber haupt-

Für den Zeitraum bis September ist nicht viel Bewegung zu erwarten. Ein Fortschritt im Irak bezüglich der „benchmarks“ ist ebenfalls unwahrscheinlich.

Ebene gewährleisten kann. Versöhnung ist eine Seite. Das Aufbauen eines funktionierenden und legitimen Staates ist eine andere, nicht weniger wichtige Seite.[59]

Zu hoffen ist, dass Präsident Bush einen Alternativplan vorlegen kann, wenn sich der Horizont im Irak nicht lichtet. Bisher scheint er aber auf Zeit zu spielen, wie sein öffentliches Beharren auf strikten Glauben in die Truppenaufstockung vermuten lässt.

Hauptargumente für und gegen einen Abzug:

Pro:

- Politischer Fortschritt kann nicht von den USA erzwungen werden; Versöhnung ist nicht erreichbar; Kampf um Macht / Bürgerkrieg nicht abzuwenden
- Ein Abzugsdatum (mindestens ein Jahr) lasse genug Zeit für irakische Führer ein Abkommen zu erlangen, übt wirklichen Druck aus
- US-Interessen können besser gewahrt werden: weniger US-Opfer, Konzentration auf andere wichtige Bereiche möglich
- Al-Kaida kann im Irak nicht bekämpft werden; Fokus auf anti-Terrorismuseinsätze

Contra:

- Alliierten wird der Rücken gekehrt; Zeichen amerikanischer Schwäche
- Region wird weiter destabilisiert
- Gefahr von anti-amerikanischer Einflussnahme durch, zum Beispiel, den Iran
- Al-Kaida Hochburgen werden entstehen, die Terroristen werden in die USA folgen.

Darüber hinaus kündigte General Peter Pace, Vorsitzender der „Joint Chiefs of Staff“, an, mit den Vereinigten Stabschefs eigene Bewertungen anzustellen und Vorkehrungen für eine eventuelle erneute Truppenaufstockung zu treffen.[60] Es ist jedoch fraglich, ob Bush, der kein politisches Kapital mehr besitzt, im September immer noch einem geteilten Kongress entgegenblicken wird. Denn auch der Kongress bekommt immer schlechtere Noten. Die Entwicklungen im Irak bis September werden den Ausschlag geben, wie der zukünftige Weg aussehen wird.

Festzuhalten bleibt, dass die USA vor einer schwierigen Frage stehen, die in den nächsten Monaten beantwortet werden muss: Abzug der Truppen ab spätestens April 2008 (angestrebtes Ende der neuen Strategie), oder flexibles Agieren auf unbestimmte Zeit. Ein vorschneller Abzug ist nicht zu erwarten. Dies ist schon physisch unmöglich. Ein Jahr für einen kompletten Truppenabzug scheint realistisch. Ob ein Abzug stattfindet, ab wann und wie, sind schwierige, aber essentielle Fragen, deren Beantwortung höchste Aufmerksamkeit bedarf, selbst wenn die Hoffnung besteht, dass der Irak doch noch eine Kehrtwende schaffen kann. Wenn der Kongress nach der Sommerpause im September wieder zusammentritt wird die große Debatte beginnen.

Versöhnung ist eine Seite. Das Aufbauen eines funktionierenden und legitimen Staates ist eine andere, nicht weniger wichtige Seite.

Wenn der Kongress nach der Sommerpause im September wieder zusammentritt wird die große Debatte beginnen.

Fußnoten

- [1] Daid Finkel, "Unit's Mission: Survive 4 Miles To Remember Fallen Comrade," Washington Post, 9. Juli 2007.
- [2] The Iraq Study Group Report, http://www.usip.org/isg/iraq_study_group_report/report/1206/iraq_study_group_report.pdf.
- [3] Weiße Haus, "Fact Sheet: The New Way Forward In Iraq," <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2007/01/20070110-3.html>.
- [4] James Kitfield, "Baghdad, Surged," National Journal, 14. Juli 2007.
- [5] Pentagon, "Measuring Security and Stability."
- [6] CRS Report for Congress, "Iraq: Government Formation and Benchmarks," fpc.state.gov/documents/organization/88026.pdf.
- [7] Lionel Beehner, "What are Iraq's Benchmarks?," Council on Foreign Relations, www.cfr.org/publications/13333.
- [8] Reuters: "Iraq No. 2 of Failed States," 19. Juni 2007, nytimes.com.
- [9] Pentagon, "Measuring Security and Stability."
- [10] Ann Scott Tyson, "No Drop in Iraq Violence Seen Since Troop Buildup," Washington Post, 14. Juni 2007.
- [11] Alissa J. Rubin, "Oil Law Stalls in Iraq as Bomb Aims at Sheiks," New York Times, 23. Juli 2007.
- [12] Karen DeYoung, "Petraeus: Iraq 'Challenges' to Last for Years," Washington Post, 18. Juni 2007.
- [13] Ann Scott Tyson, "General: Iraqi Forces Far From Self-Sufficiency," Washington Post, 26. Juni 2007.
- [14] Karen DeYoung, "Iraqi Military's Readiness Slips," Washington Post, 13. Juni 2007.
- [15] Robin Wright, "House Votes to Revive Iraq Study Group," Washington Post, 22. Juni 2007.
- [16] Karen DeYoung, "Commission to Report to Congress on Iraqi Security Forces," Washington Post, 23. Juni 2007.
- [17] Karen DeYoung / Shailagh Murray, "GOP Skepticism On Iraq Growing," Washington Post, 27. Juni 2007.
- [18] Robin Wright, "White House Isn't Backing Iraq Study Group Follow-Up," Washington Post, 12. Juli 2007.
- [19] Elizabeth Williamson / Jonathan Weisman, "Democrats Plan to Press GOP on Iraq," Washington Post, 30. Juni 2007.
- [20] Shalagh Murray, "Senate Floor To Be a Stage For '08 Race," Washington Post, 7. Juli 2007.
- [21] Richard G. Lugar, "Connecting our Iraq Strategies to our Vital Interests," lugar.senate.gov/press/record.cfm?id=277751&&year=2007&.
- [21] Karen DeYoung / Shailagh Murray, "GOP Skepticism."
- [22] Robert D. Novak, "'Scouting' the Hill on Iraq," Washington Post, 9. Juli 2007.
- [23] Chuck Hagel, "A less American face for mediation in Iraq," Financial Times, 3. Juli 2007.
- [24] Shailagh Murray / Paul Kane, "Key GOP Senator Breaks With Bush," Washington Post, 6. Juli 2007.
- [25] Shalagh Murray / Jonathan Weisman, "Opposition to War Grows in the Senate," Washington Post, 12. Juli 2007.
- [26] Karen DeYoung / Shailagh Murray, "GOP Skepticism."
- [27] Ebd.
- [28] Sudarsan Raghavan, "Iraqi Politicians Warn Against Pullout," Washington Post, 10. Juli 2007.
- [29] Deb Riechmann, "Bush Defends Military Buildup in Iraq," Associated Press, 4. Juli 2007.
- [30] Weiße Haus, "Initial Benchmark Assessment Report," <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2007/07/20070712.html>.
- [31] "A Mixed Review" (Graphik), www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/graphic/2007/07/13/GR2007071300071.html.
- [32] Pentagon, "Measuring Security and Stability."
- [33] "The Terrorist Threat to the US Homeland," National Intelligence Council, http://www.dni.gov/press_releases/20070717_release.pdf.

- [34] Veranstaltungsbericht, "Truppenaufstockung erfolgreich?," Konrad-Adenauer-Stiftung Washington, http://www.kas.de/db_files/dokumente/veranstaltungsbeitraege/7_dokument_dok_pdf_11402_1.pdf.
- [35] James Phillips, "Senate Effort to Impose Iraq Study Group Recommendations: Unrealistic, Unwise, and Unnecessary," The Heritage Foundation, www.heritage.org/Research/MiddleEast/wm1555.cfm.
- [36] John Podesta / Lawrence J. Korb / Brian Katulis, "Iraq Study Groups Recommendations Overtaken by Events in Iraq," Center for American Progress, www.americanprogress.org/issues/2007/07/isg_memo.html.
- [37] Jon Cohen / Dan Balz, "Poll Finds Democrats Favored On War," Washington Post, 24. Juli 2007 und Jon Cohen / Dan Balz, "Poll Finds Democrats Favored On War," Washington Post, 24. Juli 2007.
- [38] Veranstaltungsbericht, "Der Zustand des US-Militärs," Konrad-Adenauer-Stiftung Washington, http://www.kas.de/db_files/dokumente/veranstaltungsbeitraege/7_dokument_dok_pdf_11332_1.pdf.
- [39] Brian Katulis / Lawrence J. Korb / Peter Juul, "Strategic Reset: Reclaiming Control of U.S. Security in the Middle East," Center for American Progress, http://www.americanprogress.org/issues/2007/06/strategic_reset.html.
- [40] James N. Miller / Shawn W. Brimley, "Phased Transition: A Responsible Way Forward and Out of Iraq," Center for a New American Security, <http://www.cnas.org/en/cms/?368>.
- [41] Barry Schweid, "Scholars: Divide Iraq Into 3 Regions," Associated Press, 5. Juli 2007.
- [42] Edward P. Joseph / Michael E. O'Hanlon, "The Case for Soft Partition in Iraq," The Brookings Institution, http://www.brookings.edu/fp/saban/analysis/june2007iraq_partition.htm.
- [43] Veranstaltungsbericht, "Die naechsten Schritte im Irak," Konrad-Adenauer-Stiftung Washington, http://www.kas.de/db_files/dokumente/veranstaltungsbeitraege/7_dokument_dok_pdf_11522_1.pdf.
- [44] Pentagon, "Measuring Security and Stability."
- [45] "The Presidential Candidates on Iraq," New York Times, <http://www.nytimes.com/ref/us/politics/IRAQPOSITIONS.html>.
- [46] "Hillary for President," <http://www.hillaryclinton.com/issues/iraq/>.
- [47] "Hillary Clinton's Plan to End the War in Iraq as President," <http://www.hillaryclinton.com/news/release/view/?id=2354>.
- [48] "John Edwards '08," <http://johnedwards.com/issues/iraq/>.
- [49] "The Presidential Candidates on Iraq."
- [50] "Obama '08," <http://www.barackobama.com/issues/iraq/>.
- [51] Walter Shapiro, "how the Democrats differ on Iraq," Salon.com, 25. Juli 2007.
- [52] "The Presidential Candidates on Iraq."
- [53] Ebd.
- [54] Michael Gerson, "Exit to Disaster," Washington Post, 27. Juni 2007.
- [55] Carl Hulse / Jeff Zeleny, "Democrats Fail to Force Vote on Iraq Pullout," New York Times, 18. Juli 2007.
- [56] Paul Kane / Shailagh Murray, "Reid Unmoved by Calls For Iraq Compromise," Washington Post, 20. Juli 2007.
- [57] Weiße Haus, "Press Conference by the President," <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2007/07/20070712-5.html>.
- [58] Paul Robinson, "The Surge That Failed," The American Conservative, Vol. 16, No. 15.
- [59] International Crisis Group Background Report, "Where is Iraq Heading? Lessons from Basra," Middle East Report No. 67, 25 Juni 2007.
- [60] Robert Burns, "Pace: US Troops in Iraq Could Rise," Associated Press, 16. Juli 2007.